Nr. 43.2025
21. Mai 2025

Presse

Pressemitteilung
der SPD-Bundestagsfraktion

AG Außenpolitik

Humanität gilt für Alle

***Adis Ahmetovic**, außenpolitischer Sprecher:*

Aufgrund des Holocausts hat Deutschland eine immerwährende Verantwortung für die Sicherheit des Staates Israel und den Schutz jüdischen Lebens. Daraus leiten sich klare Prinzipien für unsere Beziehungen zu Israel ab. Erst vor wenigen Tagen haben wir den 60. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen feierlich begangen.

„Deutschland und Israel verbindet nicht zuletzt aus der historischen Verantwortung heraus ein besonderes Verhältnis. Über die Jahre wurden wir zum bedeutenden diplomatischen Partner mit engen Verflechtungen.Dennoch werden wir als Freunde und Verbündete nicht weggucken, wenn durch die israelische Regierung das Völkerrecht missachtet wird. Bezüglich der aktuellen katastrophalen Lage in Gaza werden wir daher alle diplomatischen Instrumente nutzen, um die israelische Regierung von ihrem aktuellen Vorgehen abzubringen.

Zweifellos war der Angriff der Hamas auf die israelische Zivilbevölkerung vor rund 1,5 Jahren eine Zäsur. Er war ein Angriff auf Israel, aber auch auf unsere gemeinsamen Werte. Israel hat ein Recht auf Selbstverteidigung, dies rechtfertigt aber in keinster Weise die Inkaufnahme des Hungers und Leids hunderttausender Unschuldiger.Israel ist klar dem humanitären Völkerrecht verpflichtet. Seit Anfang März werden jedoch humanitäre Hilfslieferungen in den Gazastreifen blockiert, zugleich nehmen die Kampfhandlungen an Intensität zu.

Aus diesem Grund hat Deutschland gemeinsam mit 21 anderen Außenministern in und außerhalb der EU klar und unmissverständlich erklärt, dass die humanitären Grundsätze für jeden Konflikt überall auf der Welt von Bedeutung sind und konsequent in jedem Kriegsgebiet Anwendung finden müssen. Zivilistinnen und Zivilisten sind zu schützen. Israel wird in der gemeinsamen Erklärung aufgefordert, es den VN und den humanitären Organisationen zu ermöglichen, unabhängig und unparteiisch ihre Arbeit zu verrichten, um Leben zu retten, das Leid zu lindern und die Würde der Menschen zu wahren. Das unerträgliche humanitäre Leid der palästinensischen Bevölkerung muss dringend beendet werden und mit sofortiger Wirkung die vollständige Wiederaufnahme der Hilfslieferungen gewährleistet werden.

Darüber hinaus lehnen wir völkerrechtswidrige Vertreibungen im Gaza-Streifen und den Bau von Siedlungen in den palästinensischen Gebieten ab. Die derzeit noch festgehaltenen Geiseln müssen unverzüglich frei gelassen werden und ein Waffenstillstand erzielt werden. Beide Seiten müssen unverzüglich Gespräche diesbezüglich aufnehmen. An der Umsetzung der Zweistaaten-Lösung müssen dringend alle Parteien arbeiten, da dies der einzige Weg ist, um dauerhaften Frieden und Sicherheit zu erreichen und langfristige Stabilität in der Region zu gewährleisten.“

Impressum

Nr. 43.2025 / 21. Mai 2025

Herausgeber: Katja Mast
Redaktion: Albrecht von Wangenheim

T 030 227 52282
030 227 51118
E Presse@spdfraktion.de

Der Text kann im Internet unter www.spdfraktion.de abgerufen werden.

SPD
Fraktion im Bundestag